

KONGO

# Chaos in Kivu



UN-Soldaten im Einsatz im Bonuc-Hauptquartier in Bunia (Foto: UNO)

**Die Regierung des Kongo will ihre Kontrolle auf die Provinz Nordkivu ausdehnen, scheitert jedoch vorerst am Widerstand meuternder Soldaten.**

Truppenverlegungen, meuternde Soldaten, ein abgesetzter Militärverwalter, tausende Menschen auf der Flucht: Als in der vorigen Woche in Kanyabayonga im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRC) Kämpfe ausbrachen, glich das Szenario den Konflikten um die Vorherrschaft im nahen Bukavu im Juni dieses Jahres. Die schwache Zentralregierung versuchte wieder einmal, ihre Autorität in den entlegenen östlichen Provinzen zu etablieren, scheiterte aber diesmal und musste sich vorerst zurückziehen. Die martialischen Erklärungen der Armeeführung lassen eine baldige Fortsetzung der Kämpfe befürchten: "Ein strategischer Rückzug bedeutet keineswegs die Flucht vor dem Feind. Im Gegenteil, das ist eine Strategie, die darauf abzielt, dem Feind zu begegnen und ihn zu zerstören."

Darüber, wer dieser Feind ist, wird weiterhin heftig gestritten. "Wir befinden uns im Krieg mit den Ruandern, und zwar schon seit einiger Zeit. Der Krieg wurde lediglich nicht erklärt", ließ ein Sprecher des Präsidenten Joseph Kabila verlauten. Die ruandische Führung unter Paul Kagame wies die Vorwürfe aus Kinhasa zurück, in die Kämpfe verwickelt zu sein. Die im Kongo stationierte UN-Truppe Monuc und die Afrikanische Union (AU) sprachen von Auseinandersetzungen innerhalb der kongolesischen Streitkräfte. Allerdings bekundete die Monuc, sie sei "überzeugt" von der Anwesenheit ausländischer Truppen, könne aber nicht bestätigen, dass es sich um Ruander handle.

### Wer ist der Feind?

Sicher ist, dass verschiedene Fraktionen der Armee gegeneinander kämpfen. Im Rahmen der Friedensvereinbarungen war die Eingliederung der Milizen konkurrierender Warlords in die Armee beschlossen worden. Doch die Einheit steht nur auf dem Papier. Auslöser für die Eskalation war die Verlegung von 10.000 Soldaten in die Provinz Nordkivu. Dort herrschen zahlreiche Warlord-Gruppen, die ihren Ursprung in der Rebellenbewegung RCD-Goma haben.

Der RCD-Goma ist an der Übergangsregierung beteiligt, kann jedoch die lokalen Kommandeure nur bedingt kontrollieren. Die Meuterer verweigerten den Einheiten den Einzug nach Kanyabayonga und erklärten, die Truppenverlegungen richteten sich gegen die Minderheit der Banyamulenge. Die Armeeführung gab dieser Sichtweise mit der Versetzung des Militärgouverneurs von Nordkivu neue Nahrung. Zur Begründung hieß es, der General sei Banyamulenge und gehöre somit derselben ethnischen Gruppe wie die Aufständischen an. Die Banyamulenge gelten sowohl der Regierung als auch vielen Einwohnern der Region als Statthalter Ruandas.

Zweimal marschierte die ruandische Armee seit 1996 in das Gebiet des ehemaligen Zaire ein. Sie fand unter den seit Jahrzehnten diskriminierten ruandasprachigen Minderheiten im Osten breite Unterstützung. 1996/97 war Ruanda die entscheidende Stütze für eine Allianz aus kongolesischen Rebellengruppen, die das Regime unter Joseph Mobutu zu Fall brachte. Ein Jahr darauf – die neue Führung der DRC hatte sich inzwischen von ihren früheren Verbündeten abgewandt – intervenierte Ruanda erneut, diesmal zusammen mit ugandischen Truppen.

An der faktischen Teilung des zentralafrikanischen Landes änderte auch die im Juli letzten Jahres gebildete Ko-

alitionsregierung aus Kriegsparteien und zivilen Politikern nichts. In ihren Einflusszonen unterhalten die aus den Rebellenorganisationen hervorgegangenen bewaffneten Gruppen nach wie vor eine Kriegswirtschaft, die sich vor allem auf die Ausbeutung der mineralischen Vorkommen und die Erpressung von Wegezoll und anderen Abgaben konzentrieren. In den internationalen Handelsnetzwerken, in denen Coltan, Edelhölzer, Gold und Diamanten umgesetzt werden, nehmen militärische Unternehmer aus den Nachbarländern eine zentrale Stellung ein.

Einer kürzlich vorgestellten Studie des International Rescue Committee (IRC) zufolge sterben noch immer mehr als 30.000 Menschen monatlich an den Folgen des Konflikts. Bis zum April 2004 haben etwa 3,8 Millionen Menschen ihr Leben verloren, vor allem durch leicht heilbare Krankheiten und Unterernährung. "Der kongolesische Konflikt ist der weitaus tödlichste seit dem Zweiten Weltkrieg und der tödlichste in Afrika, der jemals registriert wurde", heißt es in der Presseerklärung.

Die Regierung Ruandas hatte in den letzten Wochen wiederholt mit einer Intervention gegen die aus dem Kivu heraus operierenden Hutu-Extremisten gedroht. Auf 8.000 bis 15.000 Mann wird heute die Zahl derer geschätzt, die vom Kongo aus den Sturz der Regierung Ruandas betreiben. Ihren Kern bilden ehemalige Angehörige der Miliz

Interahamwe und der vormaligen ruandischen Armee (Ex-FAR), die nach dem von ihnen exekutierten Völkermord in Ruanda 1994 in das damalige Zaire flohen. Im August überfiel eine Organisation von Hutu-Extremisten ein Flüchtlingslager in Burundi, die 152 Opfer waren überwiegend Banyamulenge. Doch bislang beschränkt sich das ruandische Militär offensichtlich auf begrenzte Kommandoaktionen, bei denen gezielt grenznahe Dörfer attackiert werden, die als Rückzugsorte der Milizen gelten.

### Ineffektive Uno

Die UN-Truppen haben das Mandat, solche Überfälle zu verhindern und Zivilisten zu retten. Doch die Truppe bietet der Zivilbevölkerung wenig Schutz, und sie kann bei der angestrebten freiwilligen Entwaffnung der zahlreichen Milizengruppen keine Erfolge vermelden. Die Uno lege eine unangebrachte Milde gegenüber den Milizen an den Tag, kritisierte der ruandische Außenminister Charles Murigande. "Trotz der Tatsache, dass wir der Monuc regelmäßig Informationen zur Stationierung, Kommandostruktur und Bewaffnung der Ex-FAR und Interahamwe liefern, weigert sie sich beständig, gegen sie vorzugehen." Zahlreiche Vorschläge seiner Regierung zur Entwaffnung dieser Gruppen seien zudem von der DRC-Führung abgelehnt worden.

Bislang wird von den Aktivitäten der Monuc vor allem

in Verbindung mit Vorwürfen von sexuellem Missbrauch in 150 Fällen berichtet, mit denen sich derzeit eine UN-Kommission befasst. "Sexuelle Ausbeutung und Missbrauch, speziell Prostitution von Minderjährigen, sind seit langem verbreitet. Alle wichtigen Kontingente scheinen darin verwickelt zu sein", zitierte die Washington Post in der vorigen Woche aus einem internen UN-Bericht vom Juli.

"Ist dies die ineffektivste UN-Friedensmission der Welt?" überschrieb vor zwei Wochen der britische Economist einen Korrespondentenbericht aus dem Kivu. "Es wäre schwer, die Unpopularität der UN zu übertreiben. Einige Kongolesen schütteln ihre Fäuste oder werfen Schlammklumpen nach vorbeifahrenden UN-Patrouillen."

Die Zahl der Monuc-Soldaten soll einem Beschluss des Sicherheitsrates vom 1. Oktober zufolge um ein Drittel auf 16.700 Soldaten erhöht werden. Doch angesichts der zahlreichen Konfliktlinien scheuen UN-Bürokratie und internationale Diplomatie offenbar weiterhin die Kosten und Risiken, die mit der Errichtung eines internationalen Protektorats, der üblichen Befriedungsstrategie in afrikanischen Bürgerkriegen, verbunden wären.

Ruben Eberlein

### AMNESTY INTERNATIONAL:

## Plus de ressources pour les droits humains

Amnesty International attire l'attention des gouvernements européens sur le large fossé qui sépare les ambitions européennes en matière de droits humains et les ressources disponibles pour les financer.

L'organisation internationale de défense des droits humains insiste notamment sur les ressources allouées en cette matière au niveau du Conseil, et souligne spécialement l'insuffisance de personnel en charge de ce dossier au Secrétariat Général.

"L'Union Européenne affirmera son importance et son autorité si elle montre de manière plus cohérente que les droits humains ne sont ni négociables, ni remplaçables, au sein des Etats membres comme dans le monde. Pour cela, il est nécessaire de revoir à la hausse les ressources actuellement allouées à la protection et la promotion des droits humains dans les différentes institutions européennes", déclare le directeur du bureau européen d'Amnesty International, Dick Oosting.

"Si déjà une petite partie des ressources consacrées aux mesures 'anti-terrorisme' et 'anti-immigration illégale' servait à évaluer l'impact de ces mêmes mesures sur le respect des droits humains, nous pourrions dire que nous avons fait un pas en avant."

Al reconnaît que l'Union Européenne a, ces dernières années, développé un certain nombre d'instruments de protection des droits humains, notamment en ce qui concerne la Politique Extérieure et de Sécurité Commune. Mais l'organisation estime qu'il est maintenant temps que l'Union s'inquiète des finances nécessaires pour mettre efficacement en œuvre ces instruments.

Al salue notamment la décision prise par le Conseil Européen la semaine dernière, de créer le poste de Représentant pour les Droits de l'Homme, rattaché au Haut Représentant pour la Politique Extérieure et de Sécurité Commune. "C'est un premier pas important, qui montre que le conseil reconnaît le problème. Mais d'autres mesures doivent être prises pour combler le fossé", annonce Dick Oosting.

Al recommande l'allocation de ressources supplémentaires dans les domaines suivants:

- l'Agence Européenne des Droits de l'Homme actuellement envisagée, et la responsabilité collective des Etats Européens en ce qui concerne les violations des droits humains au sein de l'Union,
- la protection des suspects et des personnes mises en cause dans des procédures pénales,
- la politique de l'Union concernant le retour des "migrants illégaux",
- la garantie de protection des réfugiés dans le cadre de la lutte contre "l'immigration illégale",
- la mise en œuvre des lignes directrices adoptées par l'Union sur la peine de mort, les défenseurs des droits humains, les enfants dans les conflits, et la torture,
- le représentant spécial pour les Droits de l'Homme,
- les droits humains dans le processus d'élargissement,
- le contrôle des armes au sein de l'Union.

Informations complémentaires (en anglais): <http://www.amnesty-eu.org>.

Ruben Eberlein  
ist freier Autor  
und lebt in Berlin.